

RUNDSCHREIBEN Nr. 1/2011

- Sachgebiet:** Schulrechtliche Angelegenheiten
- Inhalt:** Durchführungsbestimmungen betreffend den Religionsunterricht
- Ergeht an:** Direktionen der mittleren und höheren Schulen Tirols
Tiroler Fachberufsschulen
Bezirksschulräte zur Weiterleitung an die Pflichtschulen im Bezirk

Auf Grund einiger Neuerungen im Laufe der vergangenen Jahre, werden alle geltenden Bestimmungen für den Religionsunterricht und religiösen Übungen nachstehend nach aktueller Überarbeitung wiederveröffentlicht.

Vorweg sei hervorgehoben, dass die „**Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft**“ in Österreich mit Wirksamkeit vom 13. Dezember 2010 gemäß § 2 Abs. 1 BekGG Rechtspersönlichkeit erworben hat. Sie ist berechtigt, sich als „staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ zu bezeichnen (siehe Anhang B).

Grundsätzliches:

- Die österreichische Rechtsordnung kennt
 - gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften (Anhang A) und
 - staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften (Anhang B).Personen, die weder einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft (Anhang A) noch einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft (Anhang B) angehören, gelten als Personen ohne Bekenntnis (o.B.).
- Für alle Schüler und Schülerinnen, die einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören, ist der Religionsunterricht ihres Bekenntnisses an den in §1 Abs. 1 RelUG genannten Schulen und an Schulen mit eigenem Organisationsstatut iSd § 14 Abs. 2 PrivSchG **Pflichtgegenstand**.
- Der Religionsunterricht ist konfessionell gebunden. Die Teilnahme (Besuch des Pflicht-/Freigegegenstandes Religion) von Schülern und Schülerinnen einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft an einem Religionsunterricht, welcher von **einer anderen als der dem eigenen Bekenntnis** entsprechenden Kirche oder Religionsgesellschaft eingerichtet wurde, **ist nicht zulässig**.

Freiwillige Teilnahme am Religionsunterricht

- Schüler und Schülerinnen ohne Bekenntnis sowie Schüler und Schülerinnen, welche einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft angehören, sind unter den nachstehenden Bedingungen berechtigt, am Religionsunterricht einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft teilzunehmen:
 - Die Erziehungsberechtigten, nach Vollendung des 14. Lebensjahres jedoch der Schüler bzw. die Schülerin selbst, haben **während der ersten fünf Kalendertage des Schuljahres** beim Schulleiter bzw. der Schulleiterin eine **Anmeldung zur Teilnahme** am Religionsunterricht eines bestimmten Bekenntnisses einzubringen.
 - Der Schulleiter bzw. die Schulleiterin hat die Anmeldung dem betroffenen Religionslehrer bzw. der betroffenen Religionslehrerin zur Einholung der erforderlichen Zustimmung zur Kenntnis zu bringen.
 - Der Religionslehrer bzw. die Religionslehrerin hat seine bzw. ihre Zustimmung oder Ablehnung auf der Anmeldung schriftlich festzuhalten und diese dem Schulleiter bzw. der Schulleiterin zur Hinterlegung zu retournieren.
 - Bei Zustimmung des Religionslehrers bzw. der Religionslehrerin kann der Schüler bzw. die Schülerin am Religionsunterricht teilnehmen.
 - Dieser Besuch des Religionsunterrichtes gilt als **Besuch eines Freigegegenstandes** im Sinne des § 8 lit. h SchOG. Schülerinnen und Schüler, die den Religionsunterricht als „Freigegegenstand“ besuchen, zählen bei der Bildung der Religionsunterrichtsgruppen genauso wie die Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht als Pflichtgegenstand teilnehmen. Schüler und Schülerinnen, die sich zum Freigegegenstand Religion angemeldet haben, nehmen daher auch an der Schulbuchaktion teil.
 - Dieser „Freigegegenstand“ Religion kann auch als Prüfungsgebiet der Reifeprüfung gewählt werden, wenn der Prüfungskandidat / die Prüfungskandidatin entweder in der gesamten Oberstufe den Gegenstand Religion besucht hat oder über die der letzten Schulstufe vorangehenden Schulstufen eine Externistenprüfung erfolgreich abgelegt hat. In der letzten Schulstufe muss der Prüfungskandidat / die Prüfungskandidatin diesen Gegenstand jedenfalls besucht haben.

Ausmaß des Religionsunterrichtes

- Das für den Religionsunterricht erforderliche Kontingent an Unterrichtsstunden bzw. Werteinheiten kann endgültig erst nach Ende der fünftägigen Ab- bzw. Anmeldefrist festgesetzt werden. Bis zu dieser Festsetzung ist für die 1. Klassen bzw. I. Jahrgänge einer Schule sowie für die 5. Klassen der AHS der Religionsunterricht mit dem im Lehrplan festgesetzten Wochenstundenausmaß, für die anderen Klassen bzw. Jahrgänge zumindest in dem im vorangegangenen Schuljahr tatsächlich bestehenden Wochenstundenausmaß vorzusehen.
- Die lehrplanmäßige festgesetzte Wochenstundenanzahl ist nur dann im Sinne des § 7a Abs. 2 RelUG zu vermindern, wenn
 - am Religionsunterricht in einer Klasse
 1. weniger als 10 SchülerInnen teilnehmen und

2. diese (weniger als 10) SchülerInnen zugleich weniger als die Hälfte der SchülerInnen dieser Klasse sind bzw.
- am Religionsunterricht in einer Religionsunterrichtsgruppe
 1. weniger als 10 SchülerInnen teilnehmen und
 2. diese (weniger als 10) SchülerInnen in ihren Klassen jeweils weniger als die Hälfte der SchülerInnen jeder einzelnen Klasse sind.
- Liegen die jeweils unter 1. und 2. genannten Bedingungen nicht kumulativ vor, hat der Religionsunterricht im vollen lehrplanmäßigen Ausmaß statt zu finden.
- Von dem für den Religionsunterricht im Lehrplan festgesetzten Wochenstundenausmaß darf ohne Zustimmung der jeweiligen gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft weder schulautonom noch schulversuchsweise abgewichen werden.

Eintragungen in Schulnachrichten und Jahres- bzw. Semesterzeugnissen

Personalien

- Gemäß § 3 Abs. 2 der Zeugnisformularverordnung, BGBl. Nr. 415/1989 idgF, ist im Jahres- bzw. Semesterzeugnis beim Religionsbekenntnis von Amts wegen die Zugehörigkeit
 - zu einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft bzw.
 - zu einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft zu vermerken.
 Dabei sind die im Anhang A bzw. B in Klammer gesetzten Kurzbezeichnungen, die nicht verändert werden dürfen, zu verwenden. Bei Schülern und Schülerinnen ohne Bekenntnis ist der für das Religionsbekenntnis vorgesehene Raum durchzustreichen.
- Analog ist in der Schulnachricht (§ 19 Abs. 2 SchUG) vorzugehen.
- Eine diesbezügliche Eintragung in das Abschlusszeugnis, das Reifeprüfungszeugnis, das Reife- und Diplomprüfungszeugnis sowie in das Abschlussprüfungszeugnis ist in der Zeugnisformularverordnung nicht vorgesehen und daher unzulässig.

Ergänzung:

Das Religionsbekenntnis ist nur in jenen Abschlusszeugnissen, Reifeprüfungszeugnissen, Reife- und Diplomprüfungszeugnissen sowie Abschlussprüfungszeugnissen nicht zu vermerken, welche nicht aufgrund spezieller Normen (§ 45 Abs. 1 RPVO-AHS, §§ 5 Abs. 1 und 6 Abs. 4 ZFVO) mit dem Jahreszeugnis der letzten Stufe zu verbinden sind.

So ist etwa im „Jahres- und Abschlusszeugnis“ **allgemein bildender Pflichtschulen** das Religionsbekenntnis von Amts wegen zu vermerken.

Gegenstandsbezeichnung, Beurteilung

- An allen Schulen, an welchen Religionsunterricht als Pflichtgegenstand vorgesehen ist (das sind sämtliche gesetzlich geregelten Schularten mit Ausnahme der Berufsschulen in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien sowie alle Schulen mit eigenem Organisationsstatut), ist in der Rubrik "Pflichtgegenstände" die Gegenstandsbezeichnung "Religion" bei allen Schülern und Schülerinnen - unabhängig von ihrem Bekenntnis - jedenfalls anzuführen.
- Bei Schülern und Schülerinnen, welche den Religionsunterricht auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft gemäß § 1 Abs. 1 RelUG besuchen, ist neben der Gegenstandsbezeichnung "Religion" auch die diesbezügliche Beurteilung aufzunehmen.
- Bei Schülern und Schülerinnen, welche gemäß § 1 Abs. 2 RelUG vom Religionsunterricht abgemeldet sind, ist die Gegenstandsbezeichnung "Religion" in der Rubrik "Pflichtgegenstände" anzuführen, der vorgesehene Raum für die Beurteilung ist jedoch gemäß § 2 Abs. 9 der Zeugnisformularverordnung durchzustreichen. Ein auf die Abmeldung hinweisender Vermerk darf nicht aufgenommen werden.
- Bei Schülern und Schülerinnen, welche ohne Bekenntnis sind, ist ebenfalls die Gegenstandsbezeichnung "Religion" in der Rubrik "Pflichtgegenstände" anzuführen und der vorgesehene Raum für die Beurteilung gemäß § 2 Abs. 9 der Zeugnisformularverordnung zu entwerfen. Dies gilt auch für den Fall, dass diese Schüler bzw. Schülerinnen den Religionsunterricht auf Grund einer freiwilligen Anmeldung als Freigegegenstand besuchen. In diesem Fall ist die Gegenstandsbezeichnung "Religion" auch in die Rubrik "Freigegegenstände" einzutragen und dort die entsprechende Beurteilung aufzunehmen.
- Der vorstehende Absatz gilt ebenso für Schüler und Schülerinnen, die einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft angehören.
- Bei Schülern und Schülerinnen, die einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft angehören, und einen außerhalb des Schulunterrichtes organisierten Religionsunterricht ihrer Religionsgemeinschaft besuchen ist gleichfalls die Gegenstandsbezeichnung "Religion" in der Rubrik "Pflichtgegenstände" anzuführen und der vorgesehene Raum für die Beurteilung gemäß § 2 Abs. 9 der Zeugnisformularverordnung durchzustreichen. Es bestehen keine Bedenken, dass auf Ersuchen der Eltern, nach Vollendung des 14. Lebensjahres auf Ersuchen des Schülers bzw. der Schülerin selbst, sofern eine diesbezügliche Bestätigung des betreffenden Religionslehrers bzw. der betreffenden Religionslehrerin beim Klassenlehrer / bei der Klassenlehrerin bzw. Klassenvorstand abgegeben wird, unter analoger Anwendung des § 2 Abs. 8 der Zeugnisformularverordnung zusätzlich folgender Vermerk angebracht wird:
„Der Schüler/die Schülerin hat den Religionsunterricht der/des besucht.“
In den Leerraum ist die im Anhang B angeführte Langbezeichnung der betreffenden staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft einzufügen.
Die Aufnahme einer Beurteilung dieses außerschulischen Religionsunterrichtes ist jedoch unzulässig.

Ethikunterricht

Bei Religion ist der vorgesehene Raum für die Beurteilung gemäß § 2 Abs 9 der Zeugnisformularverordnung durchzustreichen. Beim Unterrichtsgegenstand Ethik wäre dann durch eine Fußnote ein Hinweis auf den Schulversuch mit der Geschäftszahl des Genehmigungserlasses anzubringen

Anwesenheit im / Abwesenheit vom Religionsunterricht - Beaufsichtigung

Schüler und Schülerinnen, welche keinen Religionsunterricht besuchen, sind auch während des Zeitraumes der Religionsstunden zu beaufsichtigen, wobei eine Beaufsichtigung ab der 9. Schulstufe unter den in § 2 Abs. 1 der Schulordnung genannten Bedingungen entfallen kann (siehe Pkt. 4. des Aufsichtserlasses 2005, BMBWK-RS Nr. 15/2005). Ein Anspruch auf eine "Freistunde" wird hierdurch jedoch nicht statuiert. Das bedeutet, dass in jenen Fällen, in welchen die Religionsstunde entfällt und keine Fachsupplierung stattfindet sondern etwa ein Stundentausch oder eine normale Supplierung vorgesehen ist, auch jene Schüler und Schülerinnen in dem ersatzweise stattfindenden Unterricht anwesend zu sein haben, welche in dieser Stunde sonst keinen Unterricht hätten. Findet der Religionsunterricht in einer Randstunde statt, so ist nur im Bedarfsfall eine Beaufsichtigung vorzusehen.

Grundsätzlich ist es organisatorisch anzustreben, dass jene Schüler und Schülerinnen, die den Religionsunterricht nicht besuchen, während dieser Zeit nicht im Klassenverband verbleiben. Gegen eine durch die Aufsichtspflicht bedingte bloß physische Anwesenheit eines Schülers bzw. einer Schülerin im Religionsunterricht eines anderen als des eigenen Bekenntnisses bestehen zwar keine rechtlichen Bedenken, jedoch soll von dieser Möglichkeit nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Aufsichtspflicht der Schule nicht auf andere Art erfüllt werden kann.

Befreiung vom Schulbesuch an Samstagen gemäß § 13 Abs. 3 des Schulzeitgesetzes 1985

Schüler und Schülerinnen, die der israelitischen Religionsgesellschaft oder dem Religionsbekenntnis der Siebenten-Tags-Adventisten angehören, sind auf Verlangen ihrer Erziehungsberechtigten durch den Schulleiter bzw. die Schulleiterin vom Schulbesuch an Samstagen zu befreien.

Abmeldung vom Religionsunterricht (§ 1 Abs. 2 RelUG)

- Die Eltern, nach Vollendung des 14. Lebensjahres jedoch der Schüler bzw. die Schülerin selbst, können eine Abmeldung vom Religionsunterricht vornehmen. Die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler und Schülerinnen sind von der Schulleitung ohne Verzug dem zuständigen Religionslehrer bzw. der zuständigen Religionslehrerin mitzuteilen.
- Die Abmeldung vom Religionsunterricht kann nur während der ersten fünf Kalendertage des Schuljahres (§ 2 Abs. 1 Schulzeitgesetz 1985) schriftlich beim Schulleiter bzw. bei der Schulleiterin erfolgen. Nach Maßgabe der Möglichkeiten ist der lehrplanmäßige Religionsunterricht mit Beginn des Schuljahres vorzusehen. Den Religionslehrern bzw. den Religionslehrerinnen ist innerhalb der Abmeldefrist die

Möglichkeit einzuräumen, in den für sie in Aussicht genommenen Klassen, zumindest jedoch in den 1. Klassen bzw. I. Jahrgängen sowie in den 5. Klassen der AHS Religionsunterricht zu halten, bei welchem die Schüler und Schülerinnen des betreffenden Bekenntnisses anwesend sind.

- Jede Beeinflussung der Entscheidung der Schüler und Schülerinnen bzw. deren Erziehungsberechtigten ist im Hinblick auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu unterlassen.
- Erfolgt der Eintritt eines Schülers oder einer Schülerin erst während des Schuljahres (z.B. nach einem Auslandsaufenthalt, nach Krankheit oder bei schiefsemestriger Führung von semesterweise geführten Schulformen), so beginnt die fünftägige Frist mit dem Tag des tatsächlichen Schuleintritts. Ein Wechsel der Schule während des Schuljahres gilt jedoch nicht als Schuleintritt im obigen Sinn.
- Die Abmeldung gilt immer nur für ein Schuljahr bzw. bis zum allfälligen Widerruf der Abmeldung. Der Widerruf der Abmeldung ist jederzeit zulässig.
- Eine Abmeldung vom Religionsunterricht iSd § 1 Abs. 2 RelUG, BGBl. Nr. 190/1949 idgF, muss nur von jenen Schülern und Schülerinnen bzw. deren Eltern vorgenommen werden, für welche von der Kirche oder Religionsgesellschaft, der sie angehören, auch tatsächlich solch ein schulischer Religionsunterricht angeboten wird.
In diesem Zusammenhang haben Jehovas Zeugen in Österreich mitgeteilt, dass sie bis auf Weiteres keinen schulischen Religionsunterricht anbieten werden. In der Schulnachricht und im Jahreszeugnis ist das den Pflichtgegenstand Religion betreffende Feld für die Beurteilung durchzustreichen.

Teilnahme an religiösen Übungen

Unter religiösen Übungen ist gemäß Religionsunterrichtsgesetz die der Kirche eingeräumte Möglichkeit zu verstehen, Unterrichtszeit für religiöses, liturgisches Handeln und Feiern in Anspruch zu nehmen.

Die Teilnahme ist Lehrern und Schülern freigestellt. Den Schülern und Schülerinnen ist zur Teilnahme an den Schüलगottesdiensten und religiösen Übungen oder Veranstaltungen die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht zu erteilen (siehe § 2a RelUG).

Die Erlaubnis zum Fernbleiben kann je Klasse

- a) an akademieverwandten Lehranstalten sowie an höheren und mittleren Schulen für insgesamt **15 Stunden**
- b) an allgemeinbildenden Pflichtschulen für insgesamt **30 Stunden** erteilt werden.

Die für die Schulabschlussstage nach den Lehrplänen für Volks-, Haupt- und allgemeinen Sonderschulen in der 8. Schulstufe im bisherigen Ausmaß in Anspruch genommene Schulzeit ist in das obgenannte Kontingent nicht einzurechnen.

Die Zeiten für die religiösen Übungen sind von der Schulleitung und dem / der jeweiligen Religionslehrer / Religionslehrerin rechtzeitig und einvernehmlich festzusetzen.

Religiöse Veranstaltungen für alle Schüler einer Schule:

z.B.: Wird in einer Gemeinde das Ortspatrozinium allgemein als kirchlicher Feiertag begangen, kann der betreffende Tag

a) für die mittleren und höheren Schulen sowie Akademien gemäß § 2 Abs. 5 des Schulzeitgesetzes auf Grund einer schulautonomen Verordnung für schulfrei erklärt werden;

b) für die allgemeinbildenden Pflichtschulen gilt Absatz a) oder es besteht die Möglichkeit einer Schulfreierklärung durch die Bezirksverwaltungsbehörde in „besonderen Fällen“ (ein Tag pro Schuljahr – z.B. Firmtage).

Religiöse Veranstaltungen für einzelne Schüler

Der Klassenvorstand kann einzelnen Schülern die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht für die erforderliche Zeit erteilen (§ 45 Schulunterrichtsgesetz bzw. § 9 Absatz 6 Schulpflichtgesetz).

Dies trifft zum Beispiel für folgende Veranstaltungen zu: kirchliche Feiertage für Schüler und Schülerinnen nicht katholischer Konfession, Konfirmandenunterricht, Ministrantendienste zu besonderen Anlässen etc.

Folgende Rundschreiben des Landesschulrates für Tirol werden hiermit aufgehoben:

Nr. 5/2010
Nr. 3/2007
Nr. 11/1997
Nr. 12/1997

Für den Amtsführenden Präsidenten:

HR Dr. Reinhold Raffler

elektronisch gefertigt

Anhang A

In Österreich gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften:

Katholische Kirche (mit folgenden Riten:)

- römisch-katholisch (röm.-kath.)
- maronitisch-katholisch
- italo-albanisch
- chaldäisch-katholisch
- syro-malabar-katholisch
- koptisch-katholisch
- armenisch-katholisch (armen.-kath.)
- syrisch-katholisch
- äthiopisch-katholisch
- syro-malankar-katholisch
- melkitisch-katholisch
- ukrainisch-katholisch
- ruthenisch-katholisch
- rumänisch-katholisch
- griechisch-katholisch (griech.-kath.)
- byzantinisch-katholisch
- bulgarisch-katholisch
- slowakisch-katholisch
- ungarisch-katholisch

Evangelische Kirche A.B.

- evangelisch A.B. (evang. A.B.)

Evangelische Kirche H.B.

- evangelisch H.B. (evang. H.B.)

Altkatholische Kirche Österreichs

- alkatholisch (alkath.)

Griechisch-orientalische Kirche in Österreich

- griechisch-orthodox (griech.-orth.)
- serbisch-orthodox (serb.-orth.)
- rumänisch-orthodox (rumän.-orth.)
- russisch-orthodox (russ.-orth.)
- bulgarisch-orthodox (bulg.-orth.)

Armenisch-apostolische Kirche in Österreich

- armenisch-apostolisch (armen.-apostol.)

Syrisch-orthodoxe Kirche in Österreich

- syrisch-orthodox (syr.-orth.)

Koptisch-orthodoxe Kirche in Österreich

- koptisch-orthodox (kopt.-orth.)

Israelitische Religionsgesellschaft

- israelitisch (israel.)

Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich

- evangelisch-methodistisch (EmK)

Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage

Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Kirche Jesu Christi HLT)
Neuapostolische Kirche in Österreich
 neuapostolisch (neuapostol.)
Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
 islamisch (islam.)
Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft
 buddhistisch (buddhist.)
Jehovas Zeugen in Österreich
 Jehovas Zeugen (Jehovas Zeugen)

Die nähere Bezeichnung der Zugehörigkeit zur römisch-katholischen und zur griechisch-orientalischen Kirche hat nach den Angaben des Schülers bzw. seiner Erziehungsberechtigten zu erfolgen.

Anhang B

Auf Grund des § 2 Abs. 1 und Abs. 6 in Verbindung mit § 10 des Bundesgesetzes über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften, BGBl. I Nr. 19/1998, haben folgende religiöse Bekenntnisgemeinschaften Rechtspersönlichkeit und damit das Recht erworben, sich als „staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ zu bezeichnen:

- Bahá'í-Religionsgemeinschaft Österreich (Bahai)
- Bund der Baptistengemeinden in Österreich (Bapt.)
- Bund evangelikaler Gemeinden in Österreich (evangelikal)
- Die Christengemeinschaft – Bewegung für religiöse Erneuerung – in Österreich (Christengemeinschaft)
- Elaia Christengemeinschaft (ECG)
- Freie Christengemeinde/Pfingstgemeinde (freie Christengem.)
- Hinduistische Religionsgesellschaft in Österreich (hinduistisch)
- Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten (S.T.Advent.)
- Mennonitische Freikirche Österreich (MFÖ)
- Pfingstkirche Gemeinde Gottes in Österreich (Pfk Gem. Gottes iÖ)
- Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (alevi)